

Telefon: 233 - 92 430
Telefax: 233 - 27 458

Direktorium
Fachstelle für Demokratie
FgR

München gegen jeden Antisemitismus

Antrag Nr. 20- 26 / A 01320 – München erstellt einen Aktionsplan gegen Antisemitismus
StR-Antrag der Fraktion Die Grünen / RL und der Fraktion SPD/Volt vom 16.04.2021

Antrag Nr. 20-26 / A 01533 – Fachstelle für Demokratie muss stärker gegen Antisemitismus aus
allen Richtungen vorgehen
StR-Antrag der CSU-Fraktion vom 10.06.2021

Antrag Nr. 20-26 / A 01604 – Hearing zum Thema Antisemitismus
StR-Antrag der Fraktion Die Grünen / RL und der Fraktion SPD/Volt vom 29.06.2021

Sitzungsvorlage Nr. 20 - 26 / V 04078

Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 22.09.2021 (VB) Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Antisemitismus ist eine übergreifende gesellschaftliche Herausforderung, der sich Kommunalpolitik und -verwaltung sowie Zivilgesellschaft gemeinsam und an der Seite der Betroffenen stellen müssen.

Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen und nicht in vermeintlichen Randgruppen zu verorten. Über die vergangenen Jahre hinweg haben sich immer wieder zu unterschiedlichen Anlässen Facetten des Phänomens in verschiedenen Bereichen (auch) der Mehrheitsgesellschaft gezeigt:

- Dies wurde beispielsweise auf den pandemieverharmlosenden Demonstrationen deutlich, an denen Menschen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Spektren teilnehmen. Auf diesen Versammlungen wurden antisemitische Verschwörungserzählungen verbreitet und Jüdinnen*Juden als Verursacher*innen und vermeintliche Profiteur*innen der Corona-Pandemie geschmäht. Eine Reaktivierung der historischen antisemitischen Ritualmord-Lügen wurde dabei billigend in Kauf genommen. Gleichzeitig inszenierten sich Impfgegner*innen und Corona-Leugner*innen gerne als gesellschaftlich Verfolgte und zogen krude Vergleiche mit dem Massenmord an Millionen Jüdinnen*Juden im Nationalsozialismus.
- Auch israelbezogener Antisemitismus als moderne Form des Antisemitismus ist unter dem Deckmantel einer vermeintlich legitimen Kritik am Staat Israel weit verbreitet. Insbesondere vor dem Hintergrund der Eskalation im Nahostkonflikt kam es deutschlandweit und auch in

München zu antijüdischen Vorfällen und Übergriffen. Mitten in der Münchner Innenstadt wurde ein als jüdisch wahrgenommener Mann körperlich angegriffen, weil seine Kopfbedeckung mit einer Kippa verwechselt wurde.

- Auch der Judenhass von rechts Außen ist nicht weniger geworden und äußert sich – mal mehr und mal weniger verklausuliert – unter anderem in Vorträgen und Reden einiger extrem rechter Politiker*innen.

Antisemitismus stellt für jüdische Menschen (und für solche, die als jüdisch gelesen werden), aber auch für die Gesamtgesellschaft und unser demokratisches Gemeinwesen eine Bedrohung dar. Aufgrund der nationalsozialistischen Geschichte haben wir Münchner*innen eine besondere Verantwortung – für die Gegenwart und die Zukunft.

Grundlage, um sich der Herausforderung zu stellen, ist daher Wissen und ein Überblick darüber, wie antisemitische Stereotype in den verschiedenen skizzierten Bereichen funktionieren, wie sie verklausuliert und reproduziert werden.

Daher organisiert die Fachstelle für Demokratie, wie im Stadtratsantrag der Fraktionen Die Grünen/RL und SPD/Volt vom 29.06.2021 gebeten, ein Hearing, das sich speziell an Stadtratsmitglieder wendet, in deren Fachbereichen das Thema virulent ist oder werden könnte. Ziel dieses Hearings ist es, sich mit aktuellen Erscheinungsformen von Antisemitismus zu befassen. Es wird vorgeschlagen, hierzu die Stadträt*innen einzuladen, die in den Ausschüssen VPA, KVA, SOZ, Bildung, RAW und KULT tätig sind.

Im Rahmen dieses Hearings soll auch (mündlich und / oder schriftlich) der durch die Fachstelle für Demokratie in enger Kooperation mit den jüdischen Gemeinden und Einrichtungen seit Mai 2021 entwickelte Aktionsplan Antisemitismus vorgestellt werden. Dieser Aktionsplan soll die Herausforderungen präzise beschreiben, darstellen, welche Maßnahmen von städtischer und zivilgesellschaftlicher Seite bereits ergriffen werden und konkrete Maßnahmen vorschlagen, um die Arbeit gegen Antisemitismus in München weiter zu verbessern.

Bei ihrer Arbeit konzentriert sich die Fachstelle für Demokratie auf demokratie- und menschenfeindliche Tendenzen in der Münchner Stadtgesellschaft. Als Grundlage hierfür dienen wissenschaftliche Erkenntnisse aus der bundesweiten Forschung sowie Erhebungen in München. Diese beziehen sich meist auf Aspekte der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit oder der Vorurteils kriminalität. Die Fachstelle entwickelt vorrangig Ansätze, wie von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffene Personengruppen in unserer Stadtgesellschaft, z.B. Jüdinnen*Juden, geschützt und Zivilgesellschaft und Verwaltung im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Strömungen gestärkt werden können. Wie bereits an den oben genannten Facetten des Antisemitismus zu erkennen ist und auch die bundesweite Forschung zu diesem Thema zeigt, finden sich demokratie- und menschenfeindliche Tendenzen nicht nur an vermeintlichen „Rändern“ der Gesellschaft, sondern sind auch in deren Mitte vorzufinden. Der „Extremismus“-Begriff hingegen verengt die Problemwahrnehmung und hat seinen Ursprung in der Logik von Sicherheitsbehörden, welche einen ganz anderen Fokus setzen müssen. Daher ist es nicht zielführend, den „Extremismus“-Begriff vermehrt zu verwenden, um das Problem umfassend zu bearbeiten. Der Fokus der Fachstelle gilt der

gesamten Bandbreite des Problemfelds Antisemitismus. Der Intention des Stadtratsantrags der CSU-Fraktion vom 10.06.2021 wird somit bereits nachgekommen. Das Kommunale Netzwerk ist ein Zusammenschluss aus mehreren Stellen der Verwaltung sowie der Zivilgesellschaft, sodass bereits keine Zuständigkeit des Stadtrats für die Namensgebung bzw. -änderung besteht.

II. Antrag des Referenten

1. Die Fachstelle für Demokratie organisiert im Auftrag des Stadtrates ein Hearing zu den genannten Erscheinungsformen des Antisemitismus im November 2021.
2. Als Gäste sollen die Stadträt*innen eingeladen werden, die in den Ausschüssen VPA, KVA, SOZ, Bildung, RAW und KULT tätig sind.
3. In dem Hearing soll auch mündlich oder in schriftlicher Form der Aktionsplan gegen Antisemitismus vorgelegt werden.
4. Die Fachstelle für Demokratie wird nicht umbenannt.
5. Die Anträge 20-26 / A 01320 und A 01604 der Fraktionen Grünen/RL und SPD/Volt sowie der Antrag 20-26 / 01533 der CSU-Fraktion gelten damit als geschäftsordnungsgemäß erledigt.
6. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat/-rätin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

IV. Abdruck von I. mit III.
über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z. K.

V. Wv. -Direktorium FgR

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An die GST**
An die KGL - LGBTIQ
An die Stelle für interkulturelle Arbeit
An das KVR
z. K.

Am